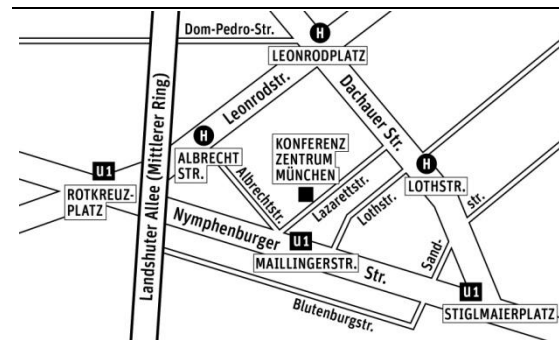


## EINLADUNG

### SO ERREICHEN SIE DEN TAGUNGSPORT



Konferenzzentrum München der Hanns-Seidel-Stiftung,  
Lazarettstr. 33, 80636 München  
Tel. +49 (0)89 1258-0 [www.konfmuc.de](http://www.konfmuc.de)

Öffentlich: Von München Hbf mit der Linie U1 /U7 Richtung Olympia-Einkaufszentrum bzw. Westfriedhof bis Haltestelle Maillingerstraße, Ausgang Lazarettstraße. Fußweg ca. 300m zum Konferenzzentrum München der Hanns-Seidel-Stiftung.

Mit dem Auto: Von der Nymphenburger Straße oder Dachauer Straße in die Lazarettstraße einbiegen. In der Tiefgarage stehen begrenzt Parkplätze zur Verfügung. Gebührenpflichtige, öffentliche Parkplätze entlang der Lazarettstraße. Wegen der eingeschränkten Parkmöglichkeiten wird eine öffentliche Anreise empfohlen.



Akademie für Politik und Zeitgeschehen

Strafrechtssymposium

Paralleljustiz

Podiumsdiskussion

Mittwoch, 6. April 2016  
18.00 – 20.00 Uhr  
Konferenzzentrum München

### TAGUNGSHINWEISE

Anmeldung bitte per Antwortbogen, Fax +49(0)89 1258-469 oder E-Mail: [ref0202@hss.de](mailto:ref0202@hss.de) unter Angabe des Veranstaltungstitels/Projektnummer 02/02/16/006 und Ihrer Adresse bis spätestens 31. März 2016. Ihre Anmeldung gilt als angenommen, wenn Sie keine Absage erhalten. Bei Verhinderung bitten wir Sie – auch kurzfristig – um Nachricht. Eine Haftung bei An-/Rückreise sowie am Tagungsort kann von der Hanns-Seidel-Stiftung nicht übernommen werden.

Personenbezogene Daten werden nach Maßgabe des Bundesdatenschutzgesetzes (§ 28 Abs. 4 BDSG) behandelt.

### ANMELDUNG / ORGANISATION

Gabriele Sigl  
Tel. +49(0)89 1258-209 | [sigl@hss.de](mailto:sigl@hss.de)

Als „Paralleljustiz“ wird eine außergerichtliche Form der Streitbeilegung bezeichnet, die nicht auf den demokratischen Statuten des deutschen Rechts basiert. Im Vordergrund steht zumeist die Wahrung beziehungsweise Wiederherstellung eines sozialen Geltungsanspruchs - der Ehre.

Diese Art der Konfliktlösung durch private Schlichter hat oft grobe Verstöße gegen unsere Rechtsordnung zur Folge. Beispielsweise indem Straftaten vereitelt oder Zeugen zum Schweigen gebracht werden. Somit liegen diesen „Verhandlungen“ zumeist strafrechtlich relevante, in Richtung organisierte Kriminalität gehend, nicht selten aber auch familienrechtliche Sachverhalte, wie Ehe und Unterhalt, zugrunde. Das Mittel der Schlichtung ist in der Regel ein Gespräch zwischen den Parteien vor einem Familienoberhaupt oder Imam, das in eine Ausgleichszahlung mündet.

Zahlen sind in diesem Zusammenhang schwer ermittelbar. „Paralleljustiz“ findet sich vor allem in patriarchalisch geprägten Kulturen, in welchen innerhalb Großfamilien und Clanstrukturen besonders starker Familienzusammenhalt herrscht. Aufgrund des migrationsspezifischen Phänomens haben viele der Betroffenen nur geringe Kenntnisse der deutschen Rechtsordnung und wenig Vertrauen in unsere Justiz. Außerdem spielen ausländerrechtliche Konsequenzen wie Angst vor Abschiebung oder Ausweisung eine Rolle. Es handelt sich weitestgehend um eine kulturspezifische, nicht zwingend religiöse Besonderheit.

Mehr denn je erlangt die Thematik aufgrund der Migrationsbewegungen bei uns an Brisanz und Bedeutung. Wir laden sie deshalb herzlich ein, die aktuellen Entwicklungen mit dem Bayerische Staatsminister der Justiz und namhaften Experten zu beleuchten.

**Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser**

Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung

**Ass. jur. Kea-Sophie Stieber**

Referentin für Europäische Integration, Europa- und Völkerrecht, Bürgerrechte und Verfassungsstaat der Hanns-Seidel-Stiftung

## MITTWOCH, 6. April 2016

**18.00 Uhr** **Eröffnung und Begrüßung der öffentlichen Podiumsdiskussion**

**Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser**

Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung

**18.15 Uhr** **Einleitungsstatement**

**Prof. Dr. Winfried Bausback, MdL**

Bayerischer Staatsminister der Justiz

**18.30 Uhr** **Podiumsdiskussion:**

**Prof. Dr. Winfried Bausback, MdL**

Bayerischer Staatsminister der Justiz

**Prof. Dr. Mathias Rohe, M.A.**

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

**Nazan Simsek**

Fachanwältin für Familienrecht, Augsburg

**Dr. Frank Michael Heller**

Leiter des Justizariats und des Bereichs Rechtshilfe der Staatsanwaltschaft Berlin

**Moderation:**

**Dr. Helene Bubrowski**

Frankfurter Allgemeine Zeitung

**20.00 Uhr** **Kleiner Stehempfang**

**20.30 Uhr** **Ende der Veranstaltung**

**Tagungsleitung:**

**Ass. jur. Kea-Sophie Stieber**

Hanns-Seidel-Stiftung



Prof. Dr. Winfried Bausback, MdL (1965) wurde im Oktober 2013 als Staatsminister der Justiz in das Kabinett Seehofer berufen. Seine Professur an der Universität Wuppertal für Wirtschafts- und Öffentliches Recht ruht seit Antritt des Landtagsmandats. Dem Bayerischen Landtag gehört er seit 2008 an.



Rechtsanwältin Nazan Simsek ist gebürtige Ravensburgerin mit türkischem Migrationshintergrund. Seit 2006 führt sie ihre eigene Kanzlei als Fachanwältin für Familienrecht in Augsburg. Simsek ist außerdem als Verfahrensbeiständin, Referentin und ehrenamtlich als stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Kinderschutzbundes aktiv.



Dr. Frank Michael Heller (1974) leitet seit 2014 das Justizariat und den Bereich Rechtshilfe der Staatsanwaltschaft Berlin. Zuvor befasste er sich als Staatsanwalt überwiegend mit Schleusungskriminalität, Menschenhandel und Arabischen Großfamilien. Aufgrund seiner Praxiserfahrungen ist er seit etwa einem Jahr Ansprechpartner für Paralleljustiz bei der Staatsanwaltschaft Berlin.



Prof. Dr. Mathias Rohe (1959) ist seit 1999 Lehrstuhlinhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung an der Friedrich Alexander Universität Erlangen-Nürnberg (FAU). Als Gründungsdirektor des Erlanger Zentrums für Islamunterricht in Europa und Mitglied der Deutschen Islamkonferenz ist er profunder Kenner der islamischen Welt sowie deren Recht.



Die promovierte Volljuristin Helene Bubrowski ist Redakteurin in der Politikredaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Ihre Themenschwerpunkte sind die Rechtspolitik und die Europäische Union. Sie war unter anderem im Bundesjustizministerium und in der Europäischen Kommission in Brüssel tätig.